



Frankfurt Assistance Centre:
 +49 (0)6102 3588 100
securitysupport@internationalsos.com
<https://www.internationalsos.de/>

Globale Sicherheit

Ihr wöchentlicher Ausblick

KW 52

Übersicht

Regional – Europa

Starke Einschränkungen im Flugverkehr auf-grund von COVID-19

Armenien

Demonstrationen gegen Premierminister Paschinjan

Saudi Arabien

Vergeltungsschläge der Huthi-Gruppe auf Saudi-Arabien weiterhin möglich

Regional – Ostafrika

Heuschreckenplage stellt neue Herausforderung für Teile Afrikas

Nigeria

Unruhen und Demonstrationen nach der Entführung von Schülern in Katsina

Äthiopien

Streit um umstrittenes Grenzgebiet zwischen Sudan und Äthiopien

Pakistan

Erhöhte Wachsamkeit geboten, aufgrund der Gefahr durch militante Angriffe

Afghanistan

Prekäre Sicherheitslage im Vordergrund der Friedensgespräche

Regional – Nord- und Südamerika

Zunahme von Bagatell- und Gelegenheitsdelikten während der Weihnachtszeit

Globale Sicherheit – Ihr wöchentlicher Ausblick
 Hier werden Sie regelmäßig über sicherheitsrelevante Ereignisse informiert, die in den kommenden Tagen erhöhte Aufmerksamkeit erfordern. Kontaktieren Sie gerne unser Team für weitere Details.

Europa & Zentralasien

Regional

Starke Einschränkungen im Flugverkehr aufgrund von COVID-19

Wir gehen davon aus, dass es in den kommenden Wochen weiterhin zu weit verbreiteten Reiseverboten und -stornierungen kommen wird, da Länder aufgrund von Bedenken im Zusammenhang mit COVID-19 neue Beschränkungen für Großbritannien verhängen. Premierminister Boris Johnson kündigte am 19. Dezember neue strenge interne Beschränkungen in Großbritannien an und schuf damit eine oberste "Stufe 4" in der bisher dreistufigen Skala der Coronavirus-Beschränkungen. Diese wurde bisher für die Hauptstadt London und große Teile Südost-Englands verhängt.

Seit dem 20. Dezember haben mehrere europäische Länder, darunter auch Frankreich, vorübergehende Beschränkungen für alle Reisen (Flug, Bahn, Straße, Schiff und Flugzeug) aus Großbritannien erlassen. Die Maßnahmen werden wahrscheinlich zu Stornierungen während der Weihnachtszeit führen, was auch Auswirkungen auf den Einreiseverkehr nach Großbritannien haben wird. Berichten zufolge treffen sich die EU-Mitgliedsstaaten in Brüssel, um eine einheitliche Reaktion zu koordinieren. Länder auf der ganzen Welt haben nun vorübergehende Reiseverbote für Großbritannien und die Aussetzung von Flügen erlassen, während sie weitere Maßnahmen in Betracht ziehen. Es ist wahrscheinlich, dass sich die Maßnahmen und Reiseverbote in den

kommenden Tagen ändern werden, da die Länder, die vorübergehende Verbote erlassen haben, ihr Vorgehen neu bewerten. Weitere Informationen, Ratschläge und aktuelle Einschränkungen finden Sie in den International SOS-Standortleitfäden und medizinischen Warnmeldungen sowie in den COVID-19-Informationen auf der Pandemie-Informationen-Seite, einschließlich Reisebeschränkungen, Flugbetrieb und Screening.

Der internationale Flugbetrieb wurde bereits stark beeinträchtigt. Bulgarien, Kanada, Frankreich, Deutschland, Indien, Irland, Italien, die Niederlande, Rumänien und die Türkei haben den Flugbetrieb eingestellt. Reisen durch den Kanaltunnel sind ausgesetzt, da Belgien und Frankreich den Zugverkehr aus Großbritannien eingestellt haben. Auch Frankreich hat am 20. Dezember den Transport von und nach Großbritannien für mindestens 48 Stunden verboten und lässt nur unbegleitete Fracht ins Land.

Unternehmen sollten die Entwicklungen beobachten und unsere Warnmeldungen verfolgen, um über wichtige Updates auf dem Laufenden zu bleiben. Internationale Reisende sollten ihre Reiserouten bestätigen und sich auf erhebliche Beeinträchtigungen in den kommenden Wochen einstellen. Alle nicht lebensnotwendigen Reisen nach Großbritannien sollten aufgrund der COVID-19-Pandemie verschoben werden.

Armenien

Demonstrationen gegen Premierminister Paschinjan

Demonstrationen, die den Rücktritt von Premierminister Nikol Paschinjan fordern, werden wahrscheinlich auch in den kommenden Wochen anhalten. Zu derartigen Ereignissen kam es seit dem 10. November, nachdem Paschinjan ein von Russland vermitteltes Friedensabkommen mit Aserbaidschan zur Beendigung des armenisch-aserbaidschanischen Konflikts um die umstrittene Region Berg-Karabach unterzeichnet hatte. Das Friedensabkommen führte zur offiziellen Einstellung der Feindseligkeiten zwischen den beiden Nationen und hinderte die aserbaidschanischen Streitkräfte daran, weiter auf die regionale Hauptstadt Stepanakert (Chankendi, Berg-Karabach) vorzurücken. Gleichzeitig sah es jedoch vor, dass Armenien die Kontrolle über bestimmte Gebiete an Aserbaidschan übergeben muss.

Oppositionsgruppen und Demonstranten haben Paschinjans Regierung für Armeniens erfolglosen Kriegseinsatz verantwortlich gemacht, der den Tod tausender Soldaten und die Vertreibung tausender Zivilisten zur Folge hatte. Sie beschuldigen Paschinjan und seine Regierung auch, die Rückkehr gefangener Soldaten nicht organisiert zu haben.

Eine Reihe von Protesten, die als "Marsch der Würde" bezeichnet wurden, fand am 16. Dezember in der Hauptstadt Eriwan statt und führte zu erheblichen Verkehrsbehinderungen. Während die letzten ähnlichen Versammlungen weitgehend friedlich verliefen, wurden am 8. und 11. Dezember Dutzende von Demonstranten nach Zusammenstößen mit der Polizei festgenommen. Für den 22. Dezember planen Oppositionsgruppen weitere landesweite Proteste, darunter eine Veranstaltung vor dem Regierungsgebäude auf dem Platz der Republik ab 12.00 Uhr. In Eriwan ist an diesem Tag mit Verkehrsbehinderungen und erhöhten Sicherheitsvorkehrungen zu rechnen. Es wird erwartet, dass die Veranstaltungen friedlich verlaufen, aber die Sicherheitskräfte könnten unruhige Menschenmengen gewaltsam auseinander treiben. In kleineren Städten haben Demonstranten bei vergangenen Versammlungen auch Straßen und Eisenbahnen blockiert.

Paschinjan blieb trotz der anhaltenden Forderungen nach seinem Rücktritt im Amt und schlug vor, dass die Oppositionsparteien stattdessen auf vorgezogene Wahlen drängen sollten, wenn sie einen Führungswechsel wollen. In der Zwischenzeit möchte die Opposition, dass Paschinjan zurücktritt und ein Interimspremierminister die Führung übernimmt, wobei Neuwahlen innerhalb eines Jahres abgehalten werden sollen. Daher gehen wir davon aus, dass die damit verbundenen Demonstrationen so lange andauern werden, bis Paschinjan die Forderungen der Demonstranten vollständig erfüllt. Unternehmen sollten sicherstellen, dass ihre Mitarbeiter sich mit lokalen Kontakten in Verbindung setzen, um den Status der Straßen zu bestätigen und Fahrten zu planen, welche die betroffenen Gebiete umgehen, da ein Risiko für Unbeteiligte besteht.

Naher / Mittlerer Osten & Nordafrika (MENA)

Saudi Arabien

Vergeltungsschläge der Huthi-Gruppe auf Saudi-Arabien weiterhin möglich

Die grenzüberschreitenden Angriffe der im Jemen ansässigen Huthi-Gruppe auf Saudi-Arabien werden in den kommenden Wochen voraussichtlich anhalten. Diese Einschätzung folgt auf die Bildung einer Koalition zwischen der international anerkannten Regierung und dem abtrünnigen Südlichen Übergangsrat (STC). Bei den meisten Angriffen dürfte es sich um bewaffnete Geschosse handeln. Allerdings gab es in jüngster Zeit auch mehrere Vorfälle mit sprengstoffbeladenen Schiffen. Die jüngsten grenzüberschreitenden Angriffe, einschließlich des Angriffs auf ein unter ausländischer Flagge fahrendes Schiff, das am 14. Dezember in Jeddah (Mekka) anlegte, unterstreichen die Tatsache, dass das saudische Verteidigungssystem nicht narrensicher ist. Die Koalition wird wahrscheinlich mit Luftangriffen auf Huthi-Territorium im Jemen reagieren, was zu weiteren Vergeltungsmaßnahmen der Gruppe führen kann.

Ein Anstieg der Zahl der Angriffe erfolgt in der Regel im Kontext breiterer Entwicklungen im Konflikt. Die Bildung einer Koalitionsregierung im Jemen wird als eine entscheidende politische Lösung für die Feindseligkeiten zwischen regierungsfreundlichen und STC-Kräften im Süden gesehen. Sie wird auch als entscheidender Schritt zur Konzentration der Bemühungen gegen die Huthis im Norden gesehen. Angesichts der Bedrohung durch eine vereinte südliche Front werden die Huthis wahrscheinlich Vergeltung üben, weil Saudi-Arabien die Partnerschaft unterstützt. Außerdem werden sie ihre Belagerung der Provinz Ma'rib, der verbliebenen Hochburg der jemenitischen Regierung im Norden, verstärken. Die Entwicklung fällt auch mit den jüngsten Versuchen der US-Regierung zusammen, die Huthis als terroristische Organisation zu klassifizieren. Ein solcher Schritt dürfte die Vergeltungsabsichten der Gruppe noch verstärken.

Die Huthis behaupten oft, dass sie Angriffe auf strategische Orte in Saudi-Arabien, einschließlich der Hauptstadt Riad, durchführen. Zwar kommt es gelegentlich zu solchen Vorfällen, aber die Houthis haben noch nicht bewiesen, dass sie in der

Lage sind, ihre beabsichtigten Ziele konsequent und genau zu treffen. Die saudischen Verteidigungssysteme sind weiterhin in der Lage, die meisten Geschosse und mit Sprengstoff beladenen Schiffe im Luft- und Seeraum des Landes abzufangen. Dennoch ist in der Nähe von wahrscheinlichen Angriffszielen der Huthis weiterhin erhöhte Vorsicht geboten.

Die Huthis werden auch weiterhin Saudi-Arabien Flughäfen, Regierungs- und Militäreinrichtungen, strategische Orte sowie die Öl- und Energieinfrastruktur des Landes angreifen. Herabfallende Trümmer eines Raketen- oder Drohnenangriffs können eine Gefahr für Personen in der Umgebung darstellen. Wenn eine Explosion zu hören ist, sollten Personen im Haus bleiben und unter oder hinter einer harten Oberfläche in Deckung gehen. Unternehmen sollten die Entwicklungen im Zusammenhang mit den Operationen der saudi-geführten Koalition im Jemen beobachten. Sie sollten eine reisespezifische Einschätzung einholen, wenn sie Personal an strategische Orte entsenden.

Afrika

Regional – Ostafrika

Heuschreckenplage stellt neue Herausforderung für Teile Afrikas

Eine neue Welle von Wüstenheuschrecken hat Gebiete in Äthiopien, Somalia, Südafrika und Tansania heimgesucht. Es wird erwartet, dass die Schwärme die Region auch in den kommenden Wochen plagen werden. Ostafrika hatte bereits Anfang des Jahres mit einer verheerenden Heuschreckenplage zu kämpfen, welche die Ernten dezimierte und die Ressourcen in einer Zeit erhöhter Preise aufgrund der COVID-19-Pandemie strapazierte. Die erneute Heuschreckenplage ist die Folge von für die Jahreszeit untypischen starken Regenfällen und längeren Überschwemmungen. Er wird die regionale Sicherheit weiterhin bedrohen, zumal viele Menschen in ländlichen Gebieten stark von der Landwirtschaft als Einkommensquelle abhängig sind. Die Menschen in ländlichen und konfliktreichen Gebieten werden weiterhin am meisten gefährdet sein.

Die Bemühungen der Regierung, der Ausbreitung entgegenzuwirken, sind im Gange. Die

Überwachungsmaßnahmen zum Aufspüren des Schwarms wurden ausgeweitet, und die Ernten wurden präventiv besprüht. Im Rahmen einer von der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) geleiteten Kampagne wurden im Jahr 2020 über 1,3 Millionen Hektar Nutzfläche in zehn Ländern behandelt. Dennoch haben extreme Wetterereignisse wie der Zyklon Gati, der im Süden Somalias das Äquivalent von mehr als zwei Jahren Niederschlag brachte, den Fortschritt behindert, da sie ideale Brutbedingungen für die Heuschrecken boten.

Trotz der besten Bemühungen der verschiedenen Regionalregierungen wird erwartet, dass eine beträchtliche Anzahl von Ernten zerstört wird. Dies wird Tausende von Menschen vertreiben und die Ernährungsunsicherheit vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie weiter verschärfen. Die Spannungen werden zunehmen, wenn ethnische Konflikte um den Zugang zu den immer knapper werdenden Nahrungsmitteln, dem Viehbestand und anderen Ressourcen ausbrechen. Landwirte und Hirten werden um die knappe Vegetation konkurrieren müssen. Ein solcher Wettbewerb hat das Potenzial, in Gewalt zu eskalieren.

Es wird erwartet, dass sich der jüngste Befall in den kommenden Wochen fortsetzt. Unternehmen sollten die lokalen und regionalen Entwicklungen genau beobachten und Eskalationsauslöser identifizieren. Dazu gehören eine anhaltende Verknappung von Nahrungsmitteln und anderen Grundgütern sowie weitere Vorfälle im Zusammenhang mit ethnischen Spannungen und sozio-ökonomischen Unruhen in den städtischen Zentren. Es ist unwahrscheinlich, dass ausländische Reisende von ethnischer Gewalt betroffen sein werden. Es werden jedoch erhöhte Vorsichtsmaßnahmen empfohlen, um Risiken zu vermeiden, die mit der eingeschränkten Infrastruktur und den Nothilfekapazitäten in ländlichen Gebieten verbunden sind.

Nigeria

Unruhen und Demonstrationen nach der Entführung von Schülern in Katsina

Es wird erwartet, dass es in den kommenden Wochen in den nördlichen Bundesstaaten Kaduna und Katsina zu Unruhen kommen wird. Grund dafür ist die wachsende Besorgnis über die Unsicherheit nach der Entführung von 344 Schülern am 11. Dezember in Katsina. Obwohl der Gouverneur des Bundesstaates Katsina bekannt gab, dass die Schüler inzwischen zurückgebracht wurden, hat die Coalition of Northern Groups (CNG) zu unbefristeten Protesten in Katsina aufgerufen. Der Vorfall hat auch die Besorgnis über das Anwachsen der paramilitärischen Kräfte als Reaktion auf die wahrgenommene Unfähigkeit der nigerianischen Streitkräfte geschürt.

Die Nigeria Union of Teachers droht weiterhin mit einem landesweiten Streik, falls sich die Sicherheitslage nicht verbessert. Weniger als eine Woche nach der Entführung der 344 Schüler wurde Berichten zufolge am 19. Dezember eine versuchte Entführung von 84 Schülern in Katsina von den Sicherheitskräften abgefangen. Um das Risiko möglicher Unruhen zu mindern, arbeiten die Regierung und die UN daran, die Bemühungen der Sicherheitskräfte zu unterstützen. Die Behörden behaupten, dass sie nicht das Lob erhalten haben, das sie verdienen. Es ist unwahrscheinlich, dass diese Bemühungen die Unruhen verhindern können.

Da die Unsicherheit zunimmt, bleiben viele Schulen im Norden und Nordwesten des Landes geschlossen. Die islamistische Extremistengruppe Boko Haram rekrutierte Berichten zufolge andere lokale Banden, um Angriffe und Entführungen durchzuführen. Die Tatsache, dass die Gruppe auf diese Weise das ganze Land erreicht, erhöht die Risiken für diejenigen, die in ländlichen Gebieten mit weniger Schutz durch die Regierung leben.

In den letzten Jahren sind verschiedene Sicherheitsnetzwerke entstanden, um regionale Sicherheitsrisiken zu bekämpfen. Im Südwesten Nigerias wurde im Januar das Western Nigeria Security Network (WNSN) entwickelt. In jüngerer Zeit wurde im Südosten des Landes das Eastern Security Network gegründet. Diese Entwicklungen in Verbindung mit den jüngsten Sicherheitsvorfällen erhöhen die Wahrscheinlichkeit, dass die nördlichen Bundesstaaten eine eigene

paramilitärische Gruppe anstreben, um gegen die mögliche Ausbreitung bewaffneter Gruppen vorzugehen.

Unternehmen sollten die Entwicklungen weiterhin verfolgen und ihre Mitarbeiter im Land sowohl über die Situation als auch über die Notfallpläne ihrer Organisation informieren. Sie sollten auch prüfen, ob sich die Unterkünfte der Mitarbeiter in der Nähe potenzieller Unruheherde oder in der Nähe von politischen Orten befinden, die bei Protesten angegriffen werden könnten. Sie sollten sicherstellen, dass die Mitarbeiter vor Ort darin geschult sind, wie sie im Falle von Menschenansammlungen zu reagieren haben.

Reisende und Personal sollten weiterhin nicht unbedingt notwendige Reisen nach Katsina aufschieben. Alle wichtigen Reisen sollten mit angemessener Sicherheitsunterstützung durchgeführt werden. Die Mitarbeiter vor Ort sollten unsere Warnmeldungen sowie die lokalen Medien verfolgen. Sie sollten sich mit lokalen Kontakten in Verbindung setzen, um über alle bevorstehenden Versammlungen in ihrer Nähe informiert zu sein. Sie sollten alle derartigen Veranstaltungen vorsichtshalber meiden.

Äthiopien

Streit um umstrittenes Grenzgebiet zwischen Sudan und Äthiopien

In den kommenden Wochen wird es wahrscheinlich zu weiteren Auseinandersetzungen entlang der umstrittenen Grenzgebiete zwischen Äthiopien und dem Sudan kommen. Die Spannungen werden wegen der Anwesenheit äthiopischer Bauern im sudanesischen Bundesstaat al-Qadarif und des Zustroms von Flüchtlingen aus dem Bundesstaat Tigray (Äthiopien) weiter anhalten. Trotz Berichten über einen grenzüberschreitenden Angriff äthiopischer Streitkräfte gegen sudanesischen Truppen am 15. Dezember ist ein direkter militärischer Konflikt unwahrscheinlich. Beide Länder befinden sich in diplomatischen Gesprächen über eine Reihe von Themen, darunter die Grenzziehung und der Bau des Grand Ethiopian Renaissance Dam (GERD).

Seit Beginn der Kämpfe in Tigray Anfang November haben Berichten zufolge rund 52.000 äthiopische Flüchtlinge die Grenze zum Sudan überquert. Ein großer Teil von ihnen hat sich in den Grenzgebieten der Bundesstaaten Kassala und al-Qadarif niedergelassen. Um den Zustrom von

Flüchtlingen einzudämmen, hat der Sudan über 6.000 Soldaten in den Grenzgebieten stationiert. Bei den Zusammenstößen am 15. Dezember wurden Berichten zufolge vier sudanesischen Soldaten von äthiopischen Truppen getötet und mehrere andere verletzt, als sie von einer Durchsuchung des Gebiets Abu Tyour in al-Qadarif zurückkehrten. Die sudanesischen Truppen waren Berichten zufolge als Teil einer größeren Aktion zur Durchsetzung der Grenzsicherheit entsandt worden.

Äthiopien und der Sudan bemühen sich seit langem um eine Einigung über den Grenzverlauf, was zu Unsicherheiten bei Bauern und Bewohnern der Grenzregionen führt. Im April wurde die seit langem umstrittene Region al-Fashaqa (al-Qadarif) an den Sudan zurückgegeben, aber die sudanesischen Behörden haben seitdem Äthiopien beschuldigt, seinen Bauern zu erlauben, weiterhin landwirtschaftliche Aktivitäten in der Region zu betreiben. Die jüngsten Fortschritte, die durch diplomatische Gespräche erzielt wurden, könnten nun durch den Zustrom äthiopischer Flüchtlinge gefährdet werden. Es ist möglich, dass sie sich in Gebieten außerhalb der Flüchtlingslager ansiedeln und damit die Bemühungen des Sudan untergraben, die äthiopischen Bauern von diesem Land zu vertreiben.

Trotz der Behauptungen des äthiopischen Premierministers Abiy Ahmed, dass die Feindseligkeiten in Tigray nach seinem Sieg über die Tigray People's Liberation Front (TPLF) beendet seien, wird nicht erwartet, dass die Zusammenstöße zwischen den TPLF-Kräften und den Bundestruppen vollständig aufhören. Einige TPLF-Führer haben sich in ländliche Gebiete zurückgezogen, von wo aus sie geschworen haben, ihren Widerstand fortzusetzen. Folglich wird der Einsatz sudanesischer Truppen in den Grenzgebieten, um die Ankunft von Flüchtlingen zu verhindern, in den kommenden Wochen und Monaten weitergehen. Dies wird wahrscheinlich zu weiteren grenzüberschreitenden Zusammenstößen mit ihren äthiopischen Kollegen führen.

Während alle Reisen nach Äthiopien und in den Sudan nur zu zwingend notwendigen Zwecken erfolgen sollten, sollten Unternehmen mit Mitarbeitern im Land, die sich an der sudanesisch-äthiopischen Grenze oder in deren Nähe befinden, die Entwicklungen genau verfolgen. Sie sollten sicherstellen, dass ein zuverlässiger Kommunikationsplan vorhanden ist und dass die Mitarbeiter wissen, wer im Notfall zu kontaktieren ist. Für

Reisen außerhalb der städtischen Gebiete in Äthiopien und im Sudan werden strenge Reiseprotokolle empfohlen.

Asien & die Pazifikregion

Pakistan

Erhöhte Wachsamkeit geboten, aufgrund der Gefahr durch militante Angriffe

Reisende und Personal in städtischen Zentren sollten vor der bevorstehenden Weihnachts- und Neujahrszeit aufgrund des erhöhten Risikos militanter Angriffe wachsam bleiben. Prominente militante Gruppen haben in letzter Zeit Operationen durchgeführt, trotz laufender COVID-19-Beschränkungen und erhöhter Sicherheit in mehreren Großstädten. Tatsächliche und vereitelte Anschläge gab es in Karachi (Sindh), Rawalpindi (Punjab), Quetta (Belutschistan) und anderen Städten.

Jüngste Äußerungen des französischen Präsidenten Emmanuel Macron haben Demonstrationen ausgelöst und könnten zu Anschlägen islamistischer Extremistengruppen während der Ferienzeit motivieren. Westliche Bürger, insbesondere französische Staatsangehörige oder solche, die mit französischen Organisationen verbunden sind, sollten Vorsicht walten lassen und sich zurückhaltend verhalten.

In der Zwischenzeit könnten die geplanten Kundgebungen der Oppositionskoalition People's Democratic Movement (PDM), die den Rücktritt von Premierminister Imran Khan fordern, attraktive Ziele für militante Angriffe sein. Die PDM wird am 24. und 27. Dezember in Bahawalpur und Larkana (Punjab) sowie am 29. Dezember in Mardan (Khyber Pakhtunkhwa) große Versammlungen abhalten. Alle Demonstrationen der Opposition sollten vorsichtshalber vermieden werden.

Unternehmen sollten weiterhin Wachsamkeit üben und die Entwicklung der Sicherheitslage genau verfolgen. Obwohl die jüngsten Vorfälle lokal begrenzt geblieben sind, ist ein einmaliger größerer Angriff möglich. Häufige Ziele militanter Gruppen sind Regierungs- und religiöse Gebäude, Marktplätze sowie Personal und Infrastruktur der Sicherheitskräfte, aber auch diplomatische Enklaven in der Hauptstadt Islamabad und im

benachbarten Rawalpindi.

Darüber hinaus könnten die Sicherheitskräfte weitere Anti-Terror-Operationen in städtischen Zentren durchführen. Diese könnten zu Zusammenstößen führen, bei denen Schusswaffen und Sprengstoff zum Einsatz kommen, was ein erhebliches Risiko für umstehende Personen darstellt.

Afghanistan

Prekäre Sicherheitslage im Vordergrund der Friedensgespräche

Inmitten der laufenden Friedensgespräche in Doha (Katar) zwischen der afghanischen Regierung, den USA und den Taliban ist mit weiteren Anschlägen in den kommenden Wochen zu rechnen. Die Sicherheitslage in Afghanistan verschlechtert sich vor dem Hintergrund der Gespräche weiter, wie eine Reihe hochkarätiger Anschläge in jüngster Zeit zeigt. Der jüngste tödliche militante Anschlag fand am 16. Dezember statt, bei dem der stellvertretende Gouverneur der Hauptstadt Kabul und sein Assistent getötet wurden. Am 20. Dezember wurde der Konvoi des Parlamentariers Khan Mohammad Wardak von einer Autobombe getroffen, wobei mindestens acht Menschen getötet wurden. Keine Gruppe hat die Verantwortung für diese Vorfälle übernommen. Es ist jedoch möglich, dass die extremistische Gruppe Islamischer Staat-Khorasan (IS-K) hinter den Anschlägen steht. IS-K wurde von den Friedensgesprächen in Doha ausgeschlossen und versucht so, die Bemühungen der Regierung zur Wiederherstellung der Sicherheit und des öffentlichen Vertrauens zu behindern. IS-K hat sich zu mehreren früheren wahllosen Anschlägen in Kabul bekannt.

Die zweite Runde der Friedensgespräche wird Berichten zufolge ab dem 5. Januar 2021 stattfinden. Im Vorfeld (und während) der Gespräche ist mit ähnlichen Anschlägen zu rechnen. Obwohl die Taliban zugestimmt haben, ihre Angriffe in den städtischen Zentren im Austausch für den Abzug der US-Truppen einzustellen, bleibt die Bedrohung durch die militanten Gruppen komplex. Andere kleinere militante Gruppen werden wahrscheinlich Anschläge verüben, um den Friedensprozess zu stören. Meist handelt es sich bei den Anschlagzielen um Regierungsmitglieder, Beamte der Sicherheitskräfte, prominente Journalisten und Aktivisten der Zivilgesellschaft. Zu den typischen Methoden gehören Autobomben, Bomben am Straßenrand und Raketen.

Solche Anschläge stellen ein erhebliches Risiko für Ausländer und ihre Einrichtungen in Afghanistan dar. Wesentliche Reisen in das Land sollten in enger Abstimmung mit einem professionellen Sicherheitsdienstleister und mit einer soliden Reiseplanung durchgeführt werden. Die Hauptziele der Angreifer werden weiterhin Polizeikontrollpunkte, Regierungsgebäude und hochrangige ausländische und diplomatische Ziele sein. Für den IS-K sind auch Angehörige nicht-sunnitischer religiöser Minderheiten und die Bereiche, in denen sie sich bekanntermaßen versammeln, attraktive Ziele.

Nord- und Südamerika

Regional

Zunahme von Bagatell- und Gelegenheitsdelikten während der Weihnachtszeit

In dieser Woche werden in der gesamten Region Reiseunterbrechungen und ein Anstieg der Kriminalität im Zusammenhang mit der Winterurlaubsaison erwartet. Während der Weihnachts- und Neujahrsfeiertage kommt es typischerweise zu einer erhöhten Rate an Bagatell- und Gelegenheitsdelikten wie Taschendiebstahl, Paketdiebstahl, Einbruch in Fahrzeuge und Ladendiebstahl. Es ist mit verstärkten Sicherheitsmaßnahmen, einschließlich Patrouillen und Kontrollpunkten und damit verbundenen Störungen zu rechnen, insbesondere in größeren Stadtzentren, vor allem in der Nähe von Touristengebieten und Geschäftsvierteln.

Länder und Gemeinden in der gesamten Region Nord- und Südamerika setzen weiterhin COVID-19-Beschränkungen durch, welche die Bewegungsfreiheit und den Geschäftsbetrieb betreffen. Mehrere Länder, darunter Chile, die Dominikanische Republik und Panama, sowie Bundesstaaten in Mexiko und den USA halten Ausgangssperren aufrecht. Es gibt auch Einschränkungen für Geschäftsaktivitäten. Diese Maßnahmen haben in der gesamten Region zu einem Rückgang von Bagatell- und Gelegenheitsdelikten geführt, da Kriminelle weniger potenzielle Ziele haben. Nichtsdestotrotz gibt es trotz der Restriktionen weiterhin leichte und opportunistische kriminelle Aktivitäten und die Kriminalität bleibt ein Risiko für Reisende. In dieser Woche wird aufgrund des

erhöhten Reise- und Fußgängeraufkommens mit einer Zunahme solcher Kriminalität gerechnet.

Reisende und Personal sollten sich unauffällig verhalten, ein hohes Maß an Situationsbewusstsein bewahren und in der Öffentlichkeit die offene Zurschaustellung von Reichtum vermeiden. Kriminelle sind in der Regel bewaffnet. Wenn Sie mit ihnen konfrontiert werden, sollten Sie es vermeiden, Widerstand zu leisten oder den Angreifer zu verärgern, da dies zu einer gewalttätigen Reaktion führen könnte. Achten Sie darauf, dass alle Fahrzeuge verschlossen sind, Wertsachen nicht sichtbar sind und Fahrzeuge in gut beleuchteten Bereichen geparkt sind. Außerdem kann die Internetkriminalität, einschließlich Phishing-Betrug, während der Urlaubszeit zunehmen. Sie sollten Transaktionen genau überwachen und Vorkehrungen zum Schutz sensibler Finanzdaten treffen. Außerdem sollten auch alle behördlichen Anweisungen befolgt werden und Sie sollten sich mit dem Standort der Brennpunkte in ihrer Region vertraut machen.